

Schockt die Grünen: Werbt für die Bundeswehr!

„Es tut auch mal was weh, aber alle halten durch...“

Die Grünen, derzeit seltsamerweise beliebt im Volk, sind nochmal aufgeregt zum Jahresende. Der Grund: Die Bundeswehr sucht neue Rekruten und ist mit ihrer aktuellen Werbekampagne überaus erfolgreich. Denn die zeichnet nicht das Bild eines THW in Uniform, wo in der Gulaschkanone Suppe gekocht, an Bord Segel gesetzt oder beim Deichbruch Dämme gebaut werden. Unsere Streitkräfte suchen junge Männer und Frauen, die das tun wollen und können, was die Hauptaufgabe einer Armee im Ernstfall ist: Kämpfen!

Und die Bundeswehr macht das überaus professionell mit smarten Kurzvideos auf *Youtube* und *Whatsapp* und mit einem Fitnessprogramm. Action ist das, was die Bundeswehr anbietet – und wie gut sie das macht, erkennt man an der Reaktion ihrer Gegner. Es sei „zynisch, junge Leute mit einer Action-Serie und einem Muskelprogramm als Staatsbürger in Uniform gewinnen zu wollen“, sagte jüngst der verteidigungspolitische Sprecher der Grünen, Tobias Lindner, gegenüber der *„Bild am Sonntag“*. Offenbar stellt er sich eine Armee als bunte Trachtengruppe der Vielfalt vor, mit der ein Feind so lange bespaßt wird, bis der Ernstfall eintritt und man sich dann zeitnah ergibt. Bloß nicht kämpfen, bloß nicht schießen – pfui bäh! Auschwitz wurde seinerzeit ja bekanntlich von grünen Gleichstellungsbeauftragten befreit, nicht von Soldaten...

Machen wir uns zum Jahreswechsel doch einen Spaß. Schocken wir die Grünen! Sofern Sie in den sozialen Netzwerken unterwegs sind, verbreiten Sie die Kurzvideos der Bundeswehr. Solche wie [diesen](#) mit dem schönen Titel „Kämpfe nie für Dich allein“. Ein Motto, an das ich 2018 in der CDU oft gedacht habe...

Gegen „diskriminierende Werbung“ - falsches Lächeln verboten!

Die 19,5-Prozent-Partei SPD will 2016 zum „Jahr der Frauen“ machen. Das hat der Parteivorstand bereits im Januar beschlossen, nun zieht das Bundesjustizministerium von Herrn Maas mit einem Gesetzentwurf für das Verbot geschlechterdiskriminierender Werbung nach. Klar, gegen Diskriminierung sind wir alle, aber wer entscheidet denn zukünftig, wann die Grenze zu Sexismus überschritten wird? Die Gender-Abteilung des Frauen-Ministeriums? Der Verfassungsschutz? Die SPD ist drauf und dran, die Grünen in Sachen Verbotswahn und Spießigkeit zu über- und ihre schlechtesten Wahlergebnisse zu untertreffen. Vom „Veggie Day“ bis zur „gendergerechten Sprache“ wollen rote und grüne Ideologen ein ganzes Volk umerziehen. Wohlgermerkt, es geht hier nicht um ein Verbot der Pornografie oder von sexueller Gewalt. Die Umerzieher wollen zum Beispiel die Farbe „rosa“ verbannen, weil sie das klassische Mädchenbild

abschaffen soll. Aber alle kleinen Mädchen lieben Rosa. Und Millionen Teenager schauen Heidi Klum zu, wenn sie Deutschlands nächstes Top-Model ausbildet. Dies ist eine freie und weltoffene Gesellschaft. Wir brauchen keinen Staat und keine Politiker, die uns vorschreiben, wie wir zu leben haben. Gender ist eine menschenverachtende Ideologie, die in das Leben von uns allen eindringen soll. Ohne dass es jemals im Bundestag beschlossen wurde, wird die Umerziehung unseres Volkes auf allen Ebenen mit Millionen-Etats gefördert. Tausende Hauptamtliche beschäftigen sich in den öffentlichen Verwaltungen mit Unsinn wie dem „Binnen-I“, mit dem Verhunzen unserer Sprache und dem Nachzählen, ob Menschen 40 oder 4.000 Geschlechter haben. Eine Gesellschaft, die sich tagelang mit dem Streit der Herren Böhmermann und Erdogan beschäftigt, kann keine wirklichen Probleme haben. Aber eine Gesellschaft, die widerstandslos hinnimmt, dass sie von Vertretern einer unfassbar dümmlichen Ideologie umerzogen wird, hat ein existenzielles Problem.

Im Berliner Bezirk Kreuzberg wurde „sexistische Werbung“ bereits im Jahr 2014 im öffentlichen Raum verboten. Die zuständige „Arbeitsgruppe gegen frauenfeindliche Werbung“ legte fest, was verboten ist. Ein „Körper darf nicht betont bekleidet sein“ und Frauen dürfen „nicht ohne Anlass lächelnd inszeniert sein“ lesen wir da. Ein Staat, in dem Politiker das Lächeln von Menschen reglementieren wollen, ist neben Kreuzberg höchstens noch Nord-Korea.

Moderat und absolut freiwillig

Liebe Leserinnen und Leser,

vor einigen Wochen habe ich Sie um Ihre Meinung zu der Frage gebeten, welche „Maßnahmen“ für Sie zumutbar wären, um diesen Blog auf Dauer zu finanzieren. Tatsächlich haben sich viele der regelmäßigen Leser per Blog-Kommentar und Mail an der nicht repräsentativen Umfrage beteiligt. Die Tendenz ist eindeutig: Fast zwei Drittel der teilnehmenden Leser haben kein Problem mit Werbung, sofern sie a) moderat, also nicht an jeder „Ecke“ und b) nicht meinungsbeschränkend ist, also keine Parteiwerbung oder Ähnliches. Etwa ein Viertel der teilnehmenden Leser bekundeten ihre Bereitschaft, für den Lesegenuß auch einen eigenen finanziellen Beitrag leisten zu wollen, der größere Teil aber nicht als monatliche Abbuchung, sondern quasi wie eine Spende. Eine „Bezahlschranke“ oder gar ein Abrechnen nach aufgerufenen Texten will nahezu niemand.

Ich schlage also vor, dass wir es einfach mit Freiwilligkeit versuchen, so wie wikipedia das macht. In den nächsten Tagen finden Sie auf der Startseite eine Kontonummer. Wenn Sie diesen Blog, seinen Ausbau, seine Weiterverbreitung und meine publizistische Arbeit unterstützen möchten, können Sie das dort mit einem Beitrag nach eigenem Ermessen tun. Falls Sie das nicht können oder auch nicht möchten, sind Sie mir als Leser natürlich trotzdem weiter willkommen. Das Geld, das auf diese Weise zusammenkommt, wird ordnungsgemäß versteuert. Die Steuernummer teile ich Ihnen natürlich auf der Seite ebenfalls mit.

Jeder Beitrag ist willkommen, wenn auch das Wichtigste bleibt, dass wir hier gemeinsam (meistens) politisch inkorrekt bleiben können.

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr Klaus Kelle